

DER STADTRAT

UND ... DIE SAP



**SIE
MUESSEN MAL
SELBER
VORBEISCHAUEN**

SIE MÜSSEN MAL SELBER VORBEISCHAUEN

Der Stadtrat ist ein mittelmässiges Kabarett mit guten und weniger guten Schauspielern, die - wenn sie nicht gerade am Rednerpult stehen - es sich in 500 Franken teuren Sesseln bequem machen. Meistens herrscht Langeweile und Gähnen. Einzelne Abstimmungen vermögen manchmal das Interesse zu wecken.

Aber Sie müssten vielleicht wirklich mal selber vorbeischaun, vorausgesetzt Sie haben nichts Besseres zu tun.

SPIEL UND WIRKLICHKEIT

Was wurde denn so 1985 alles behandelt? Was war bedeutend in diesem Jahr? Auf den ersten Blick würden wir sagen, war der Hundekot absolutes Spitzenproblem. 40 Minuten hitzige, emotionsgeladene Atmosphäre. Soll der Hundekack reglementiert werden oder nicht? Der Stadtrat ist geteilt in links und rechts. Das ist sonst selten der Fall.

Die SP ist sich nämlich selten einig. Die Zeit der grossen Wahlversprechen ist vorbei. Die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, die Sicherung der Arbeitsplätze sind auf dem Papier geblieben. Vor lauter Wald sieht die traditionelle Linke die Bäume nicht mehr, Prinzipien haben in der täglichen Verwaltungsarbeit keinen Platz mehr, die Genossen gleiten immer mehr nach rechts.

Der Bürgerblock tritt immer frecher auf und hat sich den Beifall der Freien Bieler Bürger gesichert. SP und PSR lassen die Arme hängen. Die erfolgreiche Ausschaltung des Genossen Arnold aus der Baudirektion durch den vereinten Bürger- und FBB-Block hat die sozialdemokratische Fraktion noch mehr geschwächt, sowohl im Gemeinde- wie im Stadtrat.

Jetzt kann Haller ungeniert sein und seiner Freunde Spiel treiben. Er privatisiert die Reinigung der öffentlichen WC, unterschreibt die Baubewilligung an der Südstrasse trotz einer von 3000 Personen unterschriebenen Initiative, er weigert sich die Analyse über die statischen Elemente des Kongresshauses herauszurücken, etc., etc.. Mogeleyen, offensichtliche Inkompetenz zeichnen neben einer ausgesprochenen Frauenverachtung und Vorliebe für mehr oder weniger starke alkoholische Getränke den neuen Baudirektor aus.

WAS SOLL DIE SAP INMITTEN DIESER SCHÖNEN WELT?

Erreichen können wir natürlich nicht viel. Die Bürgerlichen regen sich auf, die Sozialdemokraten versuchen herunterzuspielen. Durch das Ignorieren braucht sich die SP nicht zu engagieren. Bekämpfen wollen sie unsere Vorstösse nicht, denn sie sind oft nur zu berechtigt.

Die wesentlichsten Themen, die wir aufgeworfen haben, waren folgende:
 * Arbeitsplätze/Berufsbildung/ Umschulung - * Flüchtlinge/ Integrationshilfen und Rassismusbekämpfung * Familienplanungszentrum - * Umweltabo - * Sanierung der asbesthaltigen Gebäude - * Verteidigung der demokratischen Rechte (gegen die Entlassungsdrohungen von Haller und gegen die erfolgte Entlassung eines engagierten Berufsberaters).

Es ist nichts revolutionäres. Es geht um ganz elementare Fragen, Fragen der Solidarität, der Verteidigung der Lohnabhängigen. Es sind Vorschläge, die aus unserer täglichen Aktivität herauskommen.

Wir werden nicht aufgeben. Wir werden weiterhin gegen Sparbudgets Stellung beziehen, Prestigeprojekte bekämpfen und die Verbesserung der öffentlichen Dienste verlangen. Wir werden weiterhin Falschinformationen aufdecken. Wir werden auch weiterhin Vorschläge machen für eine Gemeinde im Dienste der Lohnabhängigen, der Jugendlichen, der Frauen, der Immigranten, der Flüchtlinge. Und wir werden dies weiterhin zusammen tun mit Markus Wick von der POCH. Und mit Ihnen, werte Leserin und werter Leser.

UMWELTABO

1983 habe ich in einer Motion die Schaffung eines Umweltabonnements gefordert, das auf möglichst vielen regionalen Linien gültig ist. Ein Jahr später hat Herr Bonadei (FBB) die gleiche Idee aufgenommen.

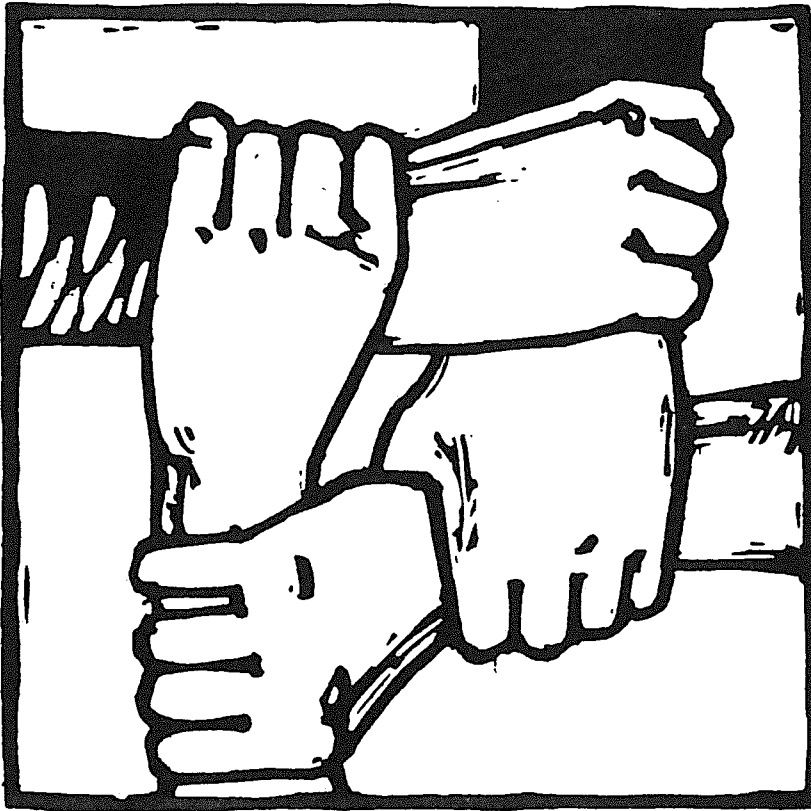
In seiner kürzlichen Antwort schlug der Gemeinderat die Annahme der Motion in Form eines Postulates vor. So musste er einerseits diese Forderung, die immer breitere Unterstützung findet, nicht frontal bekämpfen und hatte andererseits noch genügend Handlungsspielraum, um in naher Zukunft möglichst nichts in dieser Richtung tun zu müssen. So konnte selbst der freisinnige Gemeinderat Berthoud im allerdings nur blossgrünen Mäntelchen Reden schwingen, ohne dadurch die Strassenlobby vor den Kopf zu stossen.

Herr Bonadei und ich hielten unsere Motionen aufrecht. Den anderen Stadträten war es nicht wohl. Sie wollten ja nicht als ökologisch nicht interessiert verschrien werden. Zu ihrem Glück sprang Herr Kern in die Bresche. Der Inhalt der Motion sei eindeutig ein Postulat, versuchte er seinem Parteifreund klarzumachen. So musste der Stadtrat nur über die Form entscheiden und konnte zur Abstimmung schreiten. Alle, Sozialdemokraten und Freisinn, waren zufrieden. Der Abend war gerettet.

So enden Wahlversprechen: Alle Parteien hatten einen attraktiveren öffentlichen Verkehr versprochen. Die SP hatte damals sogar Gratisbuskarten mit einer roten Nelke verteilt.

Nun endet ein konsequenter Verbesserungsvorschlag in einer Schublade. Und wenn in zehn Jahren die Idee wieder mal neu aufgegriffen werden sollte, wird unser Vorschlag im Schubladenstaub versunken sein...





FLÜCHTLINGE

SOLIDARITÄT ODER ABSCHRECKUNG

Innerhalb kurzer Zeit sind die Asylsuchenden zu einem Politikum ersten Ranges geworden. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus erinnern zuweilen an vergangen geglaubte Zeiten. Tamilen- und Türkenwitze haben Hochkonjunktur. Flüchtlinge sind zu Sündenböcken geworden für schon fast alles, was in dieser Gesellschaft nicht stimmt (Wohnungsnot, Arbeitsunsicherheit, etc). Immerhin gibt es auch eine breite Solidaritätsbewegung, an der sich insbesondere auch viele fortschrittliche Christen beteiligen. In Biel ist so das Komitee "GEMEINSAM LEBEN OHNE GRENZEN" entstanden, an dem wir aktiv teilnehmen.

In diesem Zusammenhang haben wir im Stadtrat einige Vorschläge eingebracht: Wiedereinführung von Sprachkursen, damit sich die Flüchtlinge besser verteidigen und einleben können; Aufhebung des Arbeitsverbotes, damit sie ihr Leben möglichst selber verdienen können und nicht von der Fürsorge abhängig sind; breite Information über die Rechte der Flüchtlinge, um all den grassierenden Vorurteilen über das angebliche Herrenleben der Asylsuchenden entgegenzutreten.

"Der Gemeinderat hat solche Pressekonferenzen zum Beispiel zur Vorstellung des Berichts über die Jugendpolitik oder zum Filmfestival veranstaltet. Ich glaube, dass die genau gleiche Offenheit des Gemeinderates auch gegenüber den Asylsuchenden am Platz wäre."

Zudem haben wir Erklärungen verlangt zur skandalösen Abschiebung der 38 Tamilen im Januar 85, bei der im Nachhinein einer sogar aus der Schweiz gewiesen wurde, weil er angeblich unerlaubterweise hier war. Schliesslich hören wir unzählige Beschwerden von Seiten der Asylsuchenden gegen die Behandlung auf dem zuständigen Fürsorgeamt in Biel. Inwieweit sind sie überprüft worden?

"Es sind Methoden zur Einschüchterung und Abschreckung mit einem Ziel: sie sollen den höchstmöglichen Preis zahlen, wenn sie bleiben, oder eben besser gehen. Und Ihre Behandlung soll auf die anderen, die noch kommen könnten, abschreckend wirken." (Auszug aus der Begründung der verschiedenen Vorstösse im Stadtrat durch Marie-T. Sautebin, April 1985).

SEITHER ... FUNKSTILLE ... KEINE ANTWORT IST AUCH EINE ANTWORT !

Wie in anderen Städten organisieren Private Hilfe für die Flüchtlinge. Wir unterstützen sie und beteiligen uns.

Die demokratischen Rechte der städtischen Angestellten in Frage gestellt
=====

Erinnern wir uns. Anfangs Jahr erklärte Herr Haller: "Ich würde sie am liebsten beurlauben. Nicht weil sie inkompetent wären, sondern weil ich ihre progressiven Ansichten in meiner Direktion nicht dulden kann." Haller meinte die beiden VPOD-Kollegen Kurt Affolter (Direktionssekretär) und Werner Hüsler (Stadtplaner). Und Haller will ein grundlegendes Recht in Frage stellen, nämlich die Meinungsfreiheit.

In der Antwort auf unsere diesbezügliche Interpellation distanzierte sich dann der Gemeinderat von den totalitären Absichten des Herrn Haller. Allerdings hinderte ihn das nicht, auf Ende Januar 86 einem anderen VPOD-Kollegen, dem Berufsberater J.P. Dudt, zu kündigen.

Anlässlich einer Pressekonferenz protestierte der VPOD gegen diesen Willkürentscheid des Gemeinderates und forderte die Zurücknahme der Kündigung. Was waren seine Argumente?

- Herrn Dudt können keine ernsthaften beruflichen Fehlleistungen vorgeworfen werden. Der kantonale Chef der Berufsberatung wollte jedenfalls diesbezüglich keine Aussagen machen.
- Der Gemeinderat stützt sich nur auf den einseitigen Bericht des Vorstehers der Berufsberatung in Biel (Herr Rytz).

Dudts Arbeitskollegen/innen versuchten verschiedentlich, bei Raymond Glas und beim Gemeinderat ihn zu verteidigen. Auch heute noch wehren sie sich gegen die Vorwürfe von Rytz. Doch der Gemeinderat stützt sich auf den Chef. Das Verrückte an der ganzen Geschichte: Der mehrheitlich sozialdemokratische Gemeinderat beschliesst die Entlassung eines PSR-Mitgliedes auf Verlangen eines Sozialdemokraten...

Im VPOD herrscht Verwirrung. Die Kollegen/innen verstehen das undemokratische und einseitige Vorgehen der sozialdemokratischen Genossen nicht.

LETZTE NACHRICHT: Es sieht nicht gut aus. Haller ist es gelungen das Aufgabenheft von Kurt Affolter stark einzuschränken. Er bleibt zwar formell Direktionssekretär, aber ohne Verantwortung. Die Absichten von Haller sind mehr als klar: Er bereitet die Wegwahl von Kurt und anderen Angestellten für 1988 vor. Die SP scheint nicht einmal mehr fähig zu sein einen Beamten zu verteidigen, der noch von Genosse Arnold angestellt worden war. Wie will sie so der immer offeneren Arroganz der Freisinnigen überhaupt noch entgegentreten?



UMSCHULUNG: FALSCHER HOFFNUNGEN?

Trotz vorübergehend sinkender Tendenz bleibt die Arbeitslosigkeit in Biel überdurchschnittlich. Offiziell sind es rund 1000 Arbeitslose. In Wirklichkeit suchen zwischen 2000 und 3000 Personen eine Arbeit. Ein Drittel ist unter 24 Jahren, davon sind zwei Drittel Frauen. Viele haben kürzlich ihre Lehre abgeschlossen.

Am 31. Juli hat Herr Ruch, Vorsteher des Arbeitsamtes in Biel erklärt, dass gesunde oder gelernte Arbeitskräfte heute ohne weiteres eine Stelle finden. Da diese Jugendlichen nicht krank sind, müssen wir annehmen, dass sie in der Lehre nichts gelernt haben...

Trotz weitergehendem Stellenabbau in der Uhrenindustrie, werden Leute gesucht, vor allem in den Metall- und Maschinenindustrie. Doch die meisten Arbeitslosen haben nicht die "richtige" Ausbildung. Seriöse Umschulungskurse sind nötig. In diesem Sinne haben wir eine eidgenössische und verschiedene kantonale und lokale Initiativen eingereicht.

Und was meint der Gemeinderat?

** Unsere lokale Initiative, die wir im Oktober 1983 eingereicht haben, hat er in einer Schublade versteckt. Sie passt wohl nicht ins Konzept. Zudem haben ähnliche Initiativen anderswo gute Ergebnisse erzielt: In Zürich 36%, im Uri 41% und in Basel und Tessin 42%.

** Als das CISAP als einziges seriöses Umschulungszentrum für Immigranten infolge der Subventionskürzungen des Kantons und des italienischen Staates schliessen musste, hat er nicht den kleinen Finger gerührt, obschon das CISAP sich bereit erklärt hatte, seine Kurse auch Schweizern zu öffnen.

** Und auf unsere Vorstösse im Stadtrat liess er verlauten, dass Umschulung individuell geschehen müsse, dass man nicht falsche Hoffnungen wecken dürfe. Doch die berufliche Dequalifizierung drückt auch auf den Lohn, zwingt nicht selten zum Wegzug aus Biel, fördert die Unzufriedenheit, die leider oft nur allzu leicht von den rechtsextremen Demagogen missbraucht werden kann. Die Unternehmer- und Bankenpolitik ist zwar hauptverantwortlich, aber leider nicht allein verantwortlich...

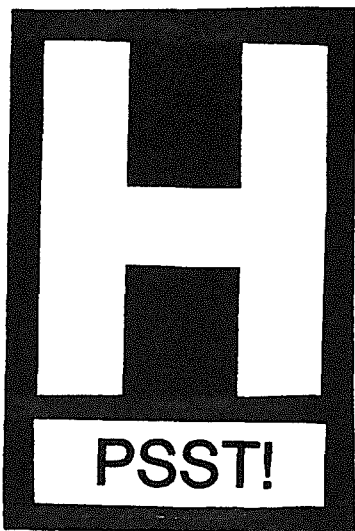
Asbest-Gefahr!

Die Kampagne, die die SAP seit drei Jahren führt, zur Aufdeckung der Gefahren des Asbests trägt langsam Früchte. Leider nicht in Biel!

Alle können heute in Erfahrung bringen, ob ihre Fabrik, Wohnung, Einkaufsladen, Schule oder Spital mit Asbest behandelt worden ist. Die Asbestfasern sind nämlich krebserregend und müssen unter ganz speziellen Vorsichtsmassnahmen entfernt werden.

Doch der Bieler Gemeinderat hat bis heute nichts unternommen trotz verschiedener Vorstösse. Im August 84 verlangten Sylviane Zulauf und Henri Mollet (PSR) Informationen. Im August 85, nachdem das Bundesamt für Umweltschutz eine Liste mit 4000 asbestbehandelten Gebäuden veröffentlicht hatte, verlangte Marie-Thérèse Sautebin sofortige Entsorgungsmassnahmen jener Gebäude, die sich auf Bieler Boden befinden (die Liste umfasst u.a. das Regionalspital, das SBB-Depot, die Schule Mühlefeld-Süd, die RMB, etc).

Viele Kantone und Gemeinden haben unterdessen bereits Massnahmen ergriffen. Biel gehört nicht zu ihnen.



"Die Familienberatung des Regionalspitals schweigt sich aus. Auch die Antworten auf meine Fragen sind Teil des Versteckspiels - sie enthalten keine nützliche Information. Spitaldirektion und Verantwortliche der Familienberatung üben sich in einer Diskretion, die sich mit derjenigen der Schweizer Bankiers messen könnte. Oder wird etwa das Arzt - geheimnis zum grossen, alles umfassenden "Spital - geheimnis"?

Die Antwort an die Stadträte scheint mir jedenfalls unannehmbar. Warum hat der Gemeinderat eine derart nichtssagende Antwort hingenommen? Warum legt er jetzt die Hände in den Schoss, nachdem er während Jahren aktiv auf die Einrichtung eines CISC (Öffentliches Zentrum für Sexualaufklärung und -beratung) hin gearbeitet hat? (Das Kompromissprojekt von Gemeinderat und Initianten umfasste ein Zentrum, das unab-

hängig vom Spital und in Zusammenarbeit mit der Familienberatung funktionieren sollte.)

Meine Interpellation will von den Versicherungen und Versprechungen ausgehen, die während der damaligen Abstimmungskampagne gemacht wurden, und sie mit der Realität vergleichen. (...)

"Seit ihrer Gründung im Jahr 1972 hat sich die Familienberatung praktisch nicht weiterentwickelt. Weder die Öffnungszeiten (2 - 3 Stunden pro Woche), noch der die personelle Betreuung (im Turnus), noch die Leistungen sind verbessert worden. Ueberdies entfernte sich die Art der Leistungen immer mehr vom eigentlichen Ziel der Beratung.

Zum Personal: seit bald zehn Jahren verspricht man, in diesem Bereich etwas zu unternehmen. In der Antwort steht: "Eine erste Erfahrung mit einer Beraterin wurde zwischen Mai und Dezember 1984 gemacht. Sie realisierte 106 Beratungen". Weiter wird nichts ausgeführt. Man erfährt nicht, dass die geschaffene Stelle sich auf 10%, also einen halben Tag pro Woche beschränkte. Ueberhaupt ist ein Versuch, der nach so kurzer Zeit abgebrochen wird, wenig sinnvoll. Warum ist niemand an die Stelle der Beraterin getreten?

Interessant ist ohne Zweifel, dass diese den grössten Teil ihrer Zeit der Information und der Verhütung widmen konnte, und nur einen sehr geringen Teil der Abtreibungsfrage. Diese Tatsache zeigt nicht nur, dass ein echtes Informationsbedürfnis besteht, sie läuft auch dem gegenwärtigen Kurs der Familienberatung zuwider.

Zu den Leistungen der Familienberatung. In der Antwort heisst es knapp: "...im Verlaufe der 13 Jahre ihres Bestehens registriert die Familienberatung eine klare Zunahme des Anteils an Abtreibungen." Darauf folgt keine einzige Erklärung! Man wusste es ja schon: zwischen 1972 und 1983 stieg der Anteil der Konsultationen für eine Abtreibung von 60 auf 94 Prozent - dementsprechend sank der Anteil der Beratung für Empfängnisverhütung. Das Problem wird also am falschen Ende angepackt!

Die Rahmenbedingungen der Abtreibungen: gemäss einer Abmachung mit den Krankenkassen muss die Frau einen Kostenanteil von 102 Franken übernehmen. In Bern jedoch sind Konsultationen für eine Abtreibung gratis. Zur Verwendung von Ultraschall: wenn diese Methode schon medizinisch gerechtfertigt wird (-ist sie übrigens unentbehrlich?) - warum setzt man den Bildschirm der Frau vor die Nase? Etwa, um psychologischen und moralischen Druck auszuüben, wie es die Vertreter von "Ja zum Leben" empfehlen?

Wie der Preis der Konsultation, so wirkt auch diese Methode wie eine Strafmassnahme. Ich verfüge über Berichte von direkt Betroffenen, die dies klar aufzeigen. Offenbar ist die erzielte Wirkung durchaus beabsichtigt...

Zur, wie die Antwort berichtet, "modernsten gegenwärtig praktizierten Methode": Hat die Verwendung von Prostaglandinen, die Schmerzen verursachen, ohne Information der Frau nicht auch den Zweck, eine Abtreibung als wenig ratsam erscheinen zu lassen?

Die Familienberatung und die Spitaldirektion versuchen mit allen Mitteln, jede Entwicklung ausserhalb des Spitals zu sabotieren. Die gemachten Versprechungen sind aber auch nicht eingehalten worden.

Setzt der Gemeinderat sein volles politisches Gewicht ein, um die eigenen Beschlüsse gegenüber der Spitaldirektion einerseits und der kantonalen Gesundheitsdirektion andererseits zum Tragen zu bringen?

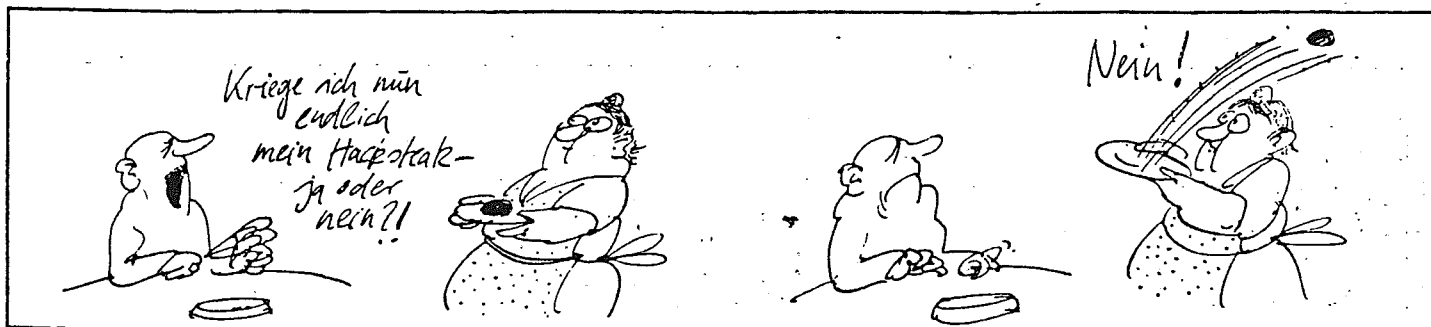
(Auszüge aus der Intervention von Marie-T. vom 12. Dezember 1985)

Wie berichtete die Presse?

Auch die Leser des Bieler Tagblatt und des Journal du Jura sollen anscheinend nicht eben viel über die Familienberatung erfahren - jedenfalls weniger als über die spannende Redeschlacht zum Thema Hundekot im November 1985!

In einem Zwischentitel erfahren die Leser des Bieler Tagblatt, dass die Intervention von Marie-T. "medizinische Unwahrheiten" enthalten habe. Der zitierte "Experte", der es ja wissen muss, ist SVP-Stadtrat Anetzhofer, von Beruf Tierarzt. Er "diagnostiziert": "99% medizinische Unwahrheiten"! Das Bieler Tagblatt, offensichtlich beeindruckt durch derart gelehrte Ausführungen, lässt den lieben Herrn Tierdokter gleich noch ein zweites Mal zu Wort kommen: "Gemäss dem Slogan, dass jede Frau ein Recht auf den eigenen Bauch hat, soll sie auch wissen, was drin ist." (...)

Unmittelbar nach diesem gutväterlichen Rat kommt ein weiterer, der Marie-T. auf väterliche Art "belehrt". Nur sie selbst kommt nirgends zu Wort. Patriarchalische Biertisch-Parolen sind scheinbar beim Bieler Tagblatt eher gefragt als seriös recherchierte und engagierte Stellungnahmen. Gerade was Frauenfragen anbelangt!



Fortsetzung von Seite 9

Diese zwei Beispiele sollen vorerst genügen, um zu zeigen, wie der Stadt- und Gemeinderat Frauenfragen behandelt. Die Ungleichheit wird rechtfertigt. Denn eine echte Gleichheit würde diesen Herren nicht nur ihr Budget durcheinanderbringen, sondern ihnen auch einige Privilegien kosten.

Doch wir bekommen diese Herrschaft auch sonst zu spüren. Gegen uns erlauben sich gewisse Herren Attacken, die sie gegen männliche Kollegen nicht wagen. So warf etwa Haller anlässlich der Kongresshausdebatte Sylviane vor, sie würde sich als Lehrerin besser nicht in Belange der Architektur einmischen. Anetzhofer, Tierarzt und SVP-Stadtrat, trat als "Experte" auf, um die Argumente von Marie-T. zum Familienplanungszentrum zu zerpfücken. Es braucht noch viel, bis wir Frauen unsere Rechte erkämpft haben und ernst genommen werden.

...DIE FRAUEN

So zum Ausstellen und Vorzeigen möchten sie uns schon, mit weiblichem Charme und Versöhnungsgeist, den sie bei Müttern so Lieben... Aber uns mögen sie nicht so. Wir entsprechen ihrem Bild der "Frau" zu wenig.

So komet sie halt auf die andere Tour: "Agressiv, herrschsüchtig, mischen sich in fremde Angelegenheiten ein," so und ähnlich tönt es dann, wenn sie von uns sprechen. Formale Kritiken sind leichter als Gegenargumente. Doch von hinter der Kulisse kommt uns manchmal auch zu Ohren, dass sie erstaunt sind ob unseren recherchierten Argumenten und unserem Willen unsere Sache ernsthaft zu verteidigen...



8 FRAUEN AUF 60 STADTRATSSITZE (13.3%)	
Bürgerblock:	1/28 = 3.5%
FBB	1/6 = 16.6%
SP/PSR	4/22 = 18.2%
SAP	2/2 = 100%

DIE RECHTE DER FRAUEN IM STADTRAT

Recht wenige Möglichkeiten stehen offen, um in Sache Frauenrechte etwas zu verbessern. Nicht dass alles erreicht wäre, auch nicht dass diese Institution völlig inkompetent wäre, nein - es wird ganz einfach blockiert.

Im April 1981 reichte Sylviane eine Motion für eine Angleichung der Durchschnittslöhne zwischen Mann und Frau ein.

Um sich damit nicht konfrontieren zu müssen, wurde sie in ein Postulat umgewandelt (= Schublade). Im Geschäftsbericht 1984 ist das Postulat nicht mehr aufgeführt, es wird nämlich unterdessen als realisiert betrachtet. Trotz unseren Einwänden, die auch von einigen SP-Mitgliedern unterstützt wurden, setzte sich Genosse Stadtpräsident Fehr mit seinem Argument klar durch: "Das Prinzip der Lohngleichheit besteht. Viele Stellen, selbst Kaderstellen, sind von Frauen besetzt. Es ist vielmehr die Lohnklasseneinteilung, die revidiert werden muss." Einverstanden, denn wenn auch einzelne Frauen tatsächlich Kaderstellen innehaben, so sind das eben immer noch die Ausnahmen, die die Regel der Ungleichheit bestätigen.

Biel hat in Sachen 16-wöchiger Mutterschaftsurlaub Pionierarbeit geleistet. Doch die Praxis sieht so aus, dass Krankheit während der Schwangerschaft den Lohnausgleich während dem Mutterschaftsurlaub kürzt! Eine Frau kann also ihren Lohnausgleichsfonds wegen Krankheit bereits vor dem Mutterschaftsurlaub aufgebraucht haben. So ist das Reglement. P. Ogi (PSR) hat diese Ungerechtigkeit aufgeworfen und gefragt, ob der Gemeinderat sie zu beheben gedenke. Nein, das Reglement hat sich bewährt, war die Antwort. Natürlich war der Genosse Ogi "nicht befriedigt". Aber die Diskussion wollte er nicht verlangen. Aus Angst sich mit seinen sozialdemokratischen Parteigenossen im Gemeinderat konfrontieren zu müssen? Oder wollte er verhindern, dass wir, die wir dieses Geschäft sehr gut kennen, zu ausführlich zu Wort kommen?

Fortsetzung Seite 8

KONGRESSHAUS: FASS OHNE BODEN

Anfangs Juni lehnt der Stadtrat einen Kredit von 1.2 Millionen zur Reparatur der schrägen Ostfassade des Kongresshauses ab. Er will zuerst eine eingehende Untersuchung über den allgemeinen Gebäudezustand abwarten und einen genauen Kostenvoranschlag für die vorgesehenen Reparaturarbeiten sehen.

Am 22. August stimmt er schliesslich einem Kredit zur Reparatur der Ostfassade in der Höhe von 1.084 Millionen zu. Gleichzeitig wird bekannt, dass für andere Reparaturarbeiten am Kongresshaus mindestens weitere 10 Millionen erforderlich sind. Nur die SAP und POCH widersetzen sich dem Kreditbegehren. Ihre Gründe (Auszug aus der Erklärung von Sylviane):

"Ich habe mit kompetenten Fachleuten diskutiert, die wie ich der Meinung sind, dass dieser Bericht über den gegenwärtigen Gebäudezustand zu wenig detailliert und kritisch ist und zudem keine Sicherheiten gibt. Der wesentliche Punkt, nämlich der Zustand der Trägerkabel - denn wir haben es ja mit einer Hängedachkonstruktion zu tun - war zur Zeit der Redaktion des Berichts unbekannt. Heute abend wird uns gesagt, wir sollten uns keine Sorgen machen, denn sie seien noch in guten Zustand. Es tut mir leid, aber da habe ich zu wenig Vertrauen. (...)

Dieses Gebäude war von Anfang an "wurmstichig". Es gab schwerwiegende Mängel in der Konzeption. Es stimmt, dass es während 20 Jahren schlecht unterhalten worden ist, aber beim Durchlesen der Stadtrats-Protokolle von 1959/60 war ich doch überrascht, dass jene, die dieses "Meisterwerk" leiteten, oft selber nicht wussten, was sie eigentlich wollten. Die Pläne wurden abgeändert und im Moment, als der Bau beginnen sollte, war man mit neuen Schwierigkeiten konfrontiert. Es gab Probleme von Anfang an. Und wenn man sieht, dass man heute für den jährlichen Unterhalt 1.6% des Gebäudewerts investieren muss, dann ist das einfach nicht normal, denn ähnliche Bauten verlangen andernorts Investitionen zwischen 0.8 und 1%. Das heisst, man verlangt heute das Doppelte. Aber wenn es heute das Doppelte ist, was ist es dann in zehn Jahren? Deshalb stelle ich die gleiche Frage, die Herr Cortesi bereits aufgeworfen hat: Sollte nicht eine echte Untersuchung verfügt werden, damit wir die Verantwortlichen kennen? Der Gemeinderat hat dieses Gebäude nach einer Volksabstimmung bauen lassen. Aber der Architekt, die Ingenieure und Bauunternehmer - welche Verantwortung tragen sie? Es wäre sehr wichtig, dass der Gemeinderat sich diese Frage stellt und eine Antwort sucht. Denn wir betrachten die heutige Abnutzung als nicht normal. Wer ist also verantwortlich?

Bezüglich der Schrägwand diskutieren wir heute nur deshalb, weil zufällig entdeckt worden ist, dass diese Wand gefährlich ist. Der Voranschlag für die Reparatur beläuft sich auf 1.084 Millionen. Wir werden unter Druck gesetzt. Man sagt uns, wir müssten dem Kredit zustimmen, weil sonst die Gefahr weiterbesteht. Es stimmt, dass wir fast ja sagen müssen. Aber ich verstehe nicht, warum Herr Haller keine Möglichkeit untersuchen liess, um die verrosteten Verankerungen zu ersetzen. Warum will er um jeden Preis auch gleich noch die Betonplatten ersetzen? War es nicht möglich, die Verankerungen zu ersetzen und den Beton zu dekarbonisieren?"

Wir haben zwei Motionen eingereicht:

1. Die eine verlangt eine zusätzliche Expertise durch unabhängige Fachkräfte über den Zustand der wesentlichen Strukturen des Baus.
2. Die andere verlangt, dass alle künftigen Renovationsarbeiten einer Volksabstimmung unterbreitet werden.

Immer noch haben wir keinen Bericht über die radiographischen Untersuchungen der Trägerkabel und Betonsäulen erhalten - trotz dreimaliger Anfrage bei Herrn Haller. Gegen die Stimmen der SAP und POCH wurde ein Direktorposten geschaffen, um die Leistungen dieses "Fasses ohne Boden" besser verkaufen zu können. Dieses Monstrum wird uns noch lange beschäftigen...